



„Die deutsche Sozialdemokratie wäre heute die stärkste in Europa, wenn sie die Kraft gefunden hätte zu sagen: Die Agenda war richtig.“

Fotos: Jens Gyarmaty

Herr Schröder, sind Sie froh, dass Sie in Zeiten der Euro-Krise nicht mehr Bundeskanzler sein müssen?

Im Gegenteil. Mich haben Herausforderungen immer interessiert. Denken Sie nur an die Irak-Frage oder vor allem an unsere wirtschaftspolitische Reformagenda.

Sie waren gerne Kanzler?

Klares Ja!

Und jetzt?

Meine Zeit als aktiver Politiker ist definitiv vorbei. Aber ich sitze nicht herum und ärgere mich darüber. Eines ist sowieso klar: Es gibt keine politische Karriere nach dem Bundeskanzler.

Aber ist es nicht ein brutaler Job?

Es ist ein einsamer Job. Letztlich müssen Sie die Entscheidungen ganz alleine mit sich selbst ausmachen. Nein zu sagen ist emotional sehr leicht – auch wenn es politisch schwer sein kann. Das Schwierigste war für mich aber, Soldaten in den Krieg zu schicken. Als wir im Kosovo-Krieg unsere Tornados losgeschickt haben, war jeden Morgen meine erste Frage: Sind alle wieder zurück?

Haben Sie deshalb schlecht geschlafen?

Ich schlafe schlecht, wenn andere über mich entscheiden. Am schwersten war das nach dem Abschluss, Neuwahlen zu beantragen. Ich hatte eine eigene Entscheidung getroffen, aber danach war ich in der Hand anderer: Wird der Bundestag der künstlich herbeigeführten Selbstauflösung zustimmen? Was macht der Bundespräsident? Wie wird das Verfassungsgericht urteilen? Da hatten drei Institutionen über mich zu entscheiden, und der Ausgang war völlig offen. Das ist eine Phase, in der man kaum schläft. In der jedenfalls ich kaum geschlafen habe.

Zuletzt haben Sie sich erstaunlich verständnisvoll über die Europapolitik Angela Merkels geäußert. Weil Sie um die Last des Amtes wissen?

Ich weiß, wie schwierig Entscheidungsprozesse gerade in Europa sein können. Ich habe mir auch zum Maßstab gemacht: Ich will nicht so schäbig mit ihr umgehen, wie mein Vorgänger Helmut Kohl mit mir umgegangen ist. Als Kanzler hätte ich mir in Europa-Fragen eine derart verantwortungsvolle Opposition gewünscht, wie sie Angela Merkel mit der SPD jetzt hat.

Auf dem EU-Gipfel im Dezember sollen Entscheidungen über die künftige Architektur Europas fallen. Was muss Frau Merkel durchsetzen?

Es geht um den Weg zu einer echten politischen Union. Immerhin hat Frau Merkel jetzt Abstand genommen von einer CDU-Ideologie, die hieß: Auf gar keinen Fall eine europäische Wirtschaftsregierung!

Und nun soll es klappen?

Jetzt besteht die Chance, den grundlegenden Konstruktionsfeh-

ler des Euro zu beheben. François Mitterrand wollte die deutsche Wirtschaft durch die Einführung des Euro einhegen. Das konnte nicht funktionieren, weil sich in einer Währungsunion immer die stärkere Volkswirtschaft durchsetzt. Kohls Irrtum war es zu glauben, dass die Einführung der Gemeinschaftswährung die politische Union erzwingen wird. Er hat nicht liefern können, wir auch nicht. Jetzt übernimmt die Krise die Aufgabe der Politik.

Dann geht Kohls Kalkül also auf? Schon – aber nicht so, wie er dachte!

Funktioniert das denn, wenn man dafür die Zustimmung der Briten braucht?

Als ich 1998 ins Amt des Bundeskanzlers kam, wollte ich gemeinsam mit Tony Blair die Briten stärker in die europäischen Strukturen einbinden. Heute wissen wir: Das war in der britischen Politik nur eine Phase. Natürlich muss die Eurozone offen bleiben für weitere Staaten, die mitmachen wollen. Aber eines muss beendet werden: dass Großbritannien sich selbst nicht integriert, aber gleichzeitig über die Geschicke derer, die es angeht, mitentscheiden will. Die Willigen dürfen nicht von den Unwilligen gebremst werden, solange die Unwilligen nicht willig sind.

Zu Beginn Ihrer Amtszeit haben Sie kritisiert, in Brüssel werde deutsches Geld „verbraten“. In dem Amt lernt man schnell, was ein deutscher Bundeskanzler darf und was er nicht darf.

Auf Europa schimpfen darf er nicht?

Unser Interesse an einem gemeinsamen Markt und einer engeren Integration ist größer als alles andere, politisch wie ökonomisch. Deshalb wurden meine Äußerungen damals zu Recht kritisiert. Das Motiv war ein Stück weit, es mal mit Populismus zu versuchen. Dann kam Jean-Claude Juncker und sagte: Gerd, innenpolitisch verstehe ich das. Aber das wirst du nicht durchhalten. Er hatte recht.

Den Euro haben Sie als „kränkelnde Frühgeburt“ bezeichnet.

Ich habe kritisiert, dass man den Euro einführt, ohne vorher die politische Union zu haben. Heute sage ich: Kohls Entscheidung war trotzdem nicht falsch. Weil es damals einfach nicht die Möglichkeit gab, schon die politische Union zu liefern. Und weil man nicht vergessen darf: Der Euro hatte auch mit der deutschen Einheit zu tun.

Wer ist eigentlich schuld, dass zu Ihrer Regierungszeit Griechenland in die Eurozone aufgenommen wurde? Sie?

Das war ja keine einsame Entscheidung der Bundesregierung, sondern eine der gesamten Europäischen Union. Die EU-Kommission hatte einen Bericht vorgelegt, nach dem Griechenland die Krite-

Wir haben Maastricht gebrochen. Das war richtig.

Anders wäre die Agenda 2010 nicht zu machen gewesen, sagt Altkanzler Gerhard Schröder. Er äußert Respekt vor der Europa-Politik Angela Merkels, glaubt immer noch an Wladimir Putins demokratische Ambitionen und erklärt, warum seine Mutter ein Denkmal verdient hat.

rien erfüllt. Da können Sie als deutsche Regierung schlecht sagen: Wartet bitte noch ein halbes Jahr, ich schicke jetzt meine eigenen Beamten dorthin. Für mich war auch klar: Wenn es so etwas wie eine Wiege Europas gibt, dann steht sie in Griechenland. Gerade hier zu sagen, wir zweifeln die Zahlen an, das war gar nicht möglich.

Aber dass Sie wenig später dann selbst die Stabilitätskriterien aufgeweicht haben, das hat zur heutigen Krise beigetragen?

Ach, kommen Sie nicht wieder damit! Was soll denn die heutige Situation in Griechenland damit zu tun haben, wie der deutsche Haushalt 2003 und 2004 aussah? Wäre die spanische Immobilienblase

etwa nicht geplatzt, wenn wir in Deutschland mehr gespart hätten? Das ist doch absurd.

Zu Ihrem sparwilligen Finanzminister Eichel sagten Sie den berühmten Satz: „Lass mal gut sein, Hans.“

Um die Kriterien zu erfüllen, hätten wir damals weitere 20 Milliar-

den Euro kürzen müssen. Das hätte die Akzeptanz der Agenda 2010 endgültig zerstört. Wir standen also vor der Frage: Überschreiten wir die Defizitgrenze, oder geben wir die Reformen auf? Für mich war die Antwort klar: Die Reformen sind wichtiger. Wenn Sie heute unsere wirtschaftliche Situation sehen, dann kann ich guten Gewissens sagen, dass das eine richtige Entscheidung war.

Gerade Sie wissen sehr gut, wie schwierig die Reform eines einzelnen Landes ist. Wie schwer ist es, einen ganzen Kontinent zu reformieren?

Das zentrale Problem ist immer: Die unangenehmen Folgen der Reform spüren Sie sofort, die positiven Wirkungen erst in drei bis vier Jahren. Dadurch entsteht eine Lücke, in die demokratisch legitimierte Politik hineinfallen kann. Deshalb hat sich ja Frau Merkel von der Radikalreformerin, der die Agenda nicht weit genug ging, ins Gegenteil verwandelt.

Schön, dass Ihre Reformen jetzt als Vorbild für ganz Europa gelten – oder?

Ich kann jedenfalls nicht sagen, dass es mich ärgern würde.

Halten Sie Vorträge in den Krisenländern, geben Sie dort Rat?

Das Interesse ist groß, gerade an unseren Arbeitsmarktreformen. Die Arbeitsmärkte in Italien, Spanien, auch Frankreich stehen vor großen Herausforderungen. Das gilt auch für Griechenland. Im Sommer war ich auf der Insel Kos. Dort habe ich dem griechischen Fernsehen ein Interview gegeben.

Was haben Sie den Griechen denn gesagt?

Ich habe gesagt: Die Einforderung von Reformen ist richtig. Aber das Land braucht mehr Zeit.

Wenn feste Vereinbarungen ständig nachgebessert werden müssen, verlieren die Leute dann nicht das Vertrauen?

Nachbessern ist nichts Schlechtes. Im Gegenteil. Es ist doch schön, wenn ein Politiker sagen kann: An diesem Punkt habe ich mich geirrt. Wenn Sie eine komplexe Reform umsetzen und dieser Prozess stößt sich an der Wirklichkeit, dann müssen Sie es zumindest für möglich halten, dass die Umsetzung falsch ist und nicht die Wirklichkeit. Deshalb habe ich gesagt: Die Agenda 2010 ist nicht die Zehn Gebote, und ich bin nicht Moses. Auch wenn wir weniger handwerkliche Fehler gemacht haben als die jetzige Regierung.

Hätte man mit den Reformen in Griechenland nicht früher beginnen müssen?

Eigentlich müsste man Reformen in wirtschaftlich guten Zeiten umsetzen. Was passiert denn, wenn ein Land mitten in der Krise seine Staatsbetriebe verkaufen muss? Jeder Käufer kann sich nur freuen, weil er ein Schnäppchen in Aussicht hat. Aber im Boom fehlt der Druck, und man kann schlecht sagen: Jetzt denken wir mal zehn Jah-

re weiter, deshalb machen wir es uns heute ungemütlich.

Wenn die deutsche Agendapolitik ein Vorbild sein soll: Was lässt sich davon konkret auf die Krisenländer übertragen?

Man muss es auf die jeweiligen Verhältnisse herunterbrechen. Die demographischen Probleme sind in der Tendenz überall ganz ähnlich. Das Gleiche gilt für die Arbeitsmärkte. Es ist gute sozialdemokratische Programmatik, den Leuten nicht nur Geld zu geben, sondern denen, die arbeiten können, auch zu sagen: Ihr müsst selbst etwas tun.

Muss man sich als Politiker für Reformen auch opfern?

Opfern ist das falsche Wort. Politiker sollen und müssen an ihre Wiederwahl denken. Sagen wir es so: Man darf das Risiko nicht scheuen, nicht wiedergewählt zu werden.

Werden Sie eines Tages in der SPD das Ansehen haben, das Helmut Schmidt heute genießt?

Es gab Zeiten, in denen sein Verhältnis zur Partei nicht einfach war. Umso schöner, dass ihm die SPD jetzt Kränze flücht. Er hat es verdient.

Das wird Ihnen auch noch zustoßen, wenn Sie in dem Alter sind? Er wird im nächsten Monat 94 Jahre alt. Da habe ich ja noch Zeit!

Wann reden Sie wieder auf einem SPD-Parteitag? Die Nominierung von Steinbrück zum Kanzlerkandidaten am 9. Dezember wäre eine schöne Gelegenheit.

Da gehe ich hin, klar.

Aber Sie reden dort nicht?

Warum sollte ich denn? Das ist der Parteitag des Kandidaten.

Bill Clinton bat für Obama kräftig Wahlkampf gemacht.

Natürlich werde ich Peer Steinbrück im Wahlkampf unterstützen.

Für Sigmar Gabriel hätten Sie es nicht so gern gemacht?

Ich würde es für jeden SPD-Kandidaten tun, wenn es denn gewollt ist. Ohne die Partei hätte ich nicht die Ämter ausüben können, die ich in meinem Leben innehatte. Dafür bin ich der SPD sehr dankbar.

Wünschen Sie sich, dass die führenden Sozialdemokraten klarer für die Agenda einstehen?

Ich verstehe, dass die neue Führung der SPD an ihren eigenen Entscheidungen gemessen werden will und nicht an denen der Vergangenheit. Ich glaube aber, die deutsche Sozialdemokratie wäre heute die stärkste in Europa, wenn sie die Kraft gefunden hätte zu sagen: Die Agenda war richtig.

Die Debatte über die Rente mit 67 finden Sie falsch?

Die ist bekanntlich erst nach meiner Regierungszeit beschlossen worden, in der großen Koalition. Aber Müntefering hat schon recht: Die Politik wird die Demographie nicht überleben können.

Sie selbst hätten mit 67 Jahren nicht in Rente geben wollen?

Ein Leben ohne die Arbeit, die ich mache, könnte ich mir gar nicht vorstellen.



Gerhard Schröder, Jahrgang 1944, arbeitet heute als Rechtsanwalt.